

DONNERSTAG, 07. APRIL 2016

Thüringer Allgemeine

ERFURT

Erfurt verbietet Kunstprojekt im Herzen der Stadt

02.03.2016 - 14:00 Uhr

Container zum Flüchtlingsthema darf nicht auf den Anger. SPD reicht Dringlichkeitsvorlage im Stadtrat ein



In Rudolstadt war Andrang am Container. Foto: Hans Ferenz

Erfurt. SPD-Stadtrat Wolfgang Beese ist sauer auf die Verwaltung. Er wird heute mit Unterstützung seiner Fraktion eine dringliche Anfrage in den Stadtrat einbringen. Sie betrifft den Umgang mit Kunstprojekten, die öffentliche Aufmerksamkeit brauchen, von der Stadt aber lieber in entlegene Ecken verbannt werden.

Es geht um einen zwei mal sechs Meter großen Container – ein Kunstprojekt des Berliner Künstlers Hans Ferenz, das den Titel trägt: „Begrüßungsgeld – Eine Ausstellung über Flüchtlinge und Ankommen“. Ferenz beschäftigt sich mit Fluchtursachen und Verläufen. Er platziert in dem begehbaren Container Fotoreihen: von Fluchtversuchen aus der DDR; von Flüchtlingen 1989 über Prag und Ungarn. Und von aktuellen Flüchtlingszügen. Die Motive ähneln sich.

„Es geht mir nicht ums Vergleichen. Aber um das Nachdenken und darum, sich eine Meinung zu bilden.“ Ferenz hatte diesen Container schon im Zentrum von Saalfeld stehen und anschließend in Rudolstadt, begleitet von Kunstaktionen, Lesungen. „Das Interesse war teilweise so groß, dass die Leute in Dreierreihen anstanden.“ Er erntete das, was er wollte: Diskussionen. „Viel Zuspruch, aber auch Ablehnung. Einen Diskurs.“

Bedingung für sein Kunstobjekt ist der öffentliche, von vielen Menschen frequentierte Raum. So stellte er schon vor Monaten den Antrag an die Stadt, den Container für einige Tage auf dem Anger zu platzieren. Hier seien viele Menschen unterwegs, auch viele Flüchtlinge, weiß er. Doch bei der Stadt stieß das Ansinnen auf taube Ohren. Erst hielt der Weihnachtsmarkt als Begründung her. Als er das Vorhaben verschob, stand im Ablehnungsschreiben: „Der Ausstellungscontainer fügt sich nicht in das Stadtbild ein und ist dem Standort nicht angemessen. Daher wird beabsichtigt, Ihren Antrag vom 22. Januar aus stadtbildpflegerischen Gesichtspunkten abzulehnen.“

Die Stadt schlug stattdessen den Domplatz als Standort vor. „Als Ferenz Widerspruch einlegte, bekam er zum Ablehnungsschreiben gleich noch einen Mahnbescheid über mehr als 100 Euro aufgebremst“, erzählt Wolfgang Beese.

Der Stadtrat fühlt sich erinnert an den Umgang mit einem Kunstobjekt des Erfurters Gunther Lerz, das – statt wie geplant am Fischmarkt gegenüber dem Rathaus aufgestellt zu werden – an den Rand des Domplatzes verbannt wurde.

Statt grünem Licht Mahngebühr

Beese schaltete sich ein, telefonierte mit dem Oberbürgermeister und dem Ordnungsdezernenten, schlug vor, dass der Künstler wenigstens den Bahnhofsvorplatz nutzen könne. Doch die Stadt blieb stur.

Hans Ferenz will sich aber nicht ins Bockshorn jagen lassen. Er hat viel Unterstützung für das Projekt: „Lotto Thüringen will helfen, die

Heinrich-Böll-Stiftung will die Standgebühren übernehmen, der Lokale Aktionsplan ‚Demokratie leben‘ ist mit von der Partie. Auch unser kleiner Berliner Trägerverein engagiert sich.“

Die Unterstützer braucht er auch, denn zu den 114 Euro Mahngebühren kommen – im Fall, das sich ein geeigneter Platz findet – noch 600 Euro Aufstellungsgebühr, weil die Stadt den Container als „überdachten Infostand“ einstuft. Wolfgang Beese will heute das Kommunalparlament mit dem Thema konfrontieren. Seinem dringlichen Antrag hat die SPD-Fraktion einstimmig zugestimmt. Darin heißt es: Der Stadtrat solle beschließen, das Ausstellungsprojekt zu ermöglichen und die beantragte Fläche für die Dauer einer Woche zu genehmigen. Die Gebühren für die Sondernutzung seien auf ein Mindestmaß zu reduzieren oder wenn möglich zu erlassen.

Denn die Ausstellung solle unbedingt unterstützt werden, gerade auf dem Anger. „An selber Stelle stehen zu anderen Zeiten fragwürdige Glühweinstände oder wenig ansehnliche Hüpfburgen. Und zwar für einen deutlich längeren Zeitraum als die hier beantragte Woche“, heißt es in dem Antrag.

Die Entscheidungen seien zu revidieren und das Ausstellungsprojekt sollte durch die Verwaltung fördernd begleitet werden. „Dazu gehört auch, den Akteuren die geforderten 600 Euro Stand- und Bearbeitungsgebühren zu erlassen. Es handelt sich doch offensichtlich nicht um einen kommerziellen Informationsstand, sondern um ein Projekt, das sehr gut geeignet ist, die gegenwärtige Diskussion um Flüchtlinge in angemessener Weise anzuregen.“

Birgit Kummer / 02.03.16 / TA

Z0R0014317616